

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

SPD

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

An den
Kreistagsvorsitzenden
Herrn Andreas Güttler
Kreishaus
Wilhelmshöher Allee 19-21
34117 Kassel



Kassel, 17. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Güttler,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 3. Juli 2013:

Gemeinsam mit Kommunen und Bürgern auf dem Weg zur Region Kassel

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, seine Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung zur Bildung einer Region Kassel vorerst einzustellen. Nach den Hessischen Landtagswahlen am 22. September 2013 sind die Verhandlungen mit der neu gebildeten Hessischen Landesregierung umgehend wieder aufzunehmen.

Die mit Schreiben vom 23. April 2013 vom Hessischen Ministerpräsidenten übersandten „offenen Fragen“ der Fachabteilungen des Wirtschafts-, Finanz- und Innenministeriums sollen von der vom Geschäftsführer des Zweckverbands Raum Kassel geleiteten Arbeitsgruppe aus Vertretern von Stadt und Landkreis Kassel bewertet werden. Das Ergebnis dieser Bewertung ist dem Kreistag zur Information vorzulegen.

Außerdem wird der Zweckverband auf der Basis des Beschlusses des Kreistages vom 20. Mai 2009 ein Konzept für eine repräsentative Bürgerbeteiligung entwickeln, die den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben soll, ihre Fragen, Anregungen und Kritikpunkte zur Bildung der Region Kassel einzubringen. Das Ergebnis dieses Dialoges soll in den Entscheidungsprozess der Gremien von Stadt und Landkreis einbezogen werden.

Begründung:

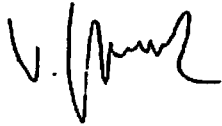
Obwohl die Gremien von Stadt und Landkreis Kassel mit einer sehr großen Mehrheit Beschlüsse zur Bildung einer Region Kassel gefasst haben, wird dies von der derzeitigen Hessischen Landesregierung blockiert. Deshalb machen weitere Verhandlungen mit den Vertretern dieser Landesregierung keinen Sinn mehr.

Auch wenn die Kritikpunkte der derzeitigen Hessischen Landesregierung nicht unbedingt sachgerecht erscheinen, sollten sie bewertet und dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden.

Die Region Kassel wird nur mit der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gelingen, deshalb ist eine repräsentative Bürgerbeteiligung notwendig.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Gottschalck
SPD

gez. Weinert
Bündnis 90/DIE GRÜNEN